

Ö1 - Journal um 8

Guten Morgen aus dem Journalstudio. Begrüßt Sie Franz Render, Dienstag der 5. September. Das sind unsere Schlagzeilen.

Wir berichten unter anderem von der internationalen Automobilmesse in München vor dem Hintergrund einer fast in Endzeitstimmung geführten Industrie-Debatte in Deutschland.

Weil nämlich China die chinesische Konkurrenz auf diese Automobilausstellung besonders stark vertreten ist.

Wir schalten live zum Automobilexperten Christian Malone in München.

In Wien wiederum liegt der Fokus der medialen Aufmerksamkeit heute auf den Prozess gegen den Schauspieler Florian Theichtmeister,

dem im Fall einer Verurteilung die Einweisung in den Maßnahmen vollzugtrot.

Und das Kanzler Karl Nehammer stellt einen Mietendeckel auch für frei vereinbarte Mieten in Aussicht

und Nordkorea aus Diktator Kim Jong-un plant, Medienberichten zufolge einen Freundschaftsbesuch in Russland.

Das sind mir gleich Eingangs aber die Wetterburg-Nosik und der Schuler, bitte.

Waren wir das heute und in ganz Österreich sonnig.

An der Nordseite der Alpen und im Osten scheint sie schon die Sonne.

Im Süden halten sich allerdings über manchen Regionen noch Nebel, Hochnebel oder Wolken.

So ist es etwa im Südwesten der Steiermark in Oberkärnten und in Osttirol noch trüb.

Der Wind kommt meist aus Ost und legt in Oberösterreich und im westlichen Niederösterreich auf bis zu 50 Kilometer pro Stunde zu.

Die Höchstärte meist 22 bis 26, im Westen 26 bis 30 Grad, 30 im Intal.

Und im Westen bekommt es in 2000 Meter Höhe 16 bis 20 Grad, sonst werden es 11 bis 15.

Auch morgen Mittwoch bis auf ein paar Nebel- und Hochnebefelder in den Alpen und im Süden fast durchweg sonnig.

Und ziemlich warm morgen mit 23 bis 31 Grad. Am wärmsten wird es wieder im Intal.

Vor dem Hintergrund einer deutschen Industrie-Debatte fast schon in Endzeit-Stimmung wird heute in München die internationale Automobilausstellung,

kurz IAA, eröffnet. Sie ist eine der größten ihrer Art weltweit.

Endzeit-Stimmung deshalb, weil die deutschen Autokonzerne die Flaggschiffe der deutschen Industrie von der Konkurrenz in China ordentlich unter Druck gesetzt werden.

Und ausgerechnet die E-Auto-Konkurrenz aus China drückt der heurigen IAA ihren Stempel auf aus Deutschland, Marisi Engelmeyer.

700.000 Gäste, hunderte Auto-Aussteller auf zehn Veranstaltungsorten in ganz München.

Die diesjährige internationale Automesse, kurz IAA, in der bayerischen Landeshauptstadt wird heute von Bundeskanzler Olaf Scholz offizieller öffnet.

Die Veranstalter des Branchen-Treffens sprechen von der weltweit führenden Plattform für Mobilität, Nachhaltigkeit und Technologie

und jubeln über einen Rekord an Anmeldungen neuer Firmen, die meisten davon allerdings aus China.

Verdoppelt habe sich die Zahl der chinesischen Auto-Aussteller im Vergleich zur letzten Messe vor zwei Jahren.

Die Konkurrenz fährt also groß auf und setzt die heimischen Firmen unter Druck.

Chinesische Neuwagen seien oft günstiger und innovativ als europäische, so die Kritik. Eine IAA der Chinesenspotten da manche Branchen-Experten, Ferdinand Dudenhöfer Marktforscher im Center Automotive Research, wittert etwa eine Zitat, Zeitenwende, die Europa zum interessanten Markt für chinesische Elektroautos macht.

Das wollen die deutschen Hersteller nicht auf sich sitzen lassen.

Die IAA, ein Heimspiel in München, bei dem BMW mit neuen Technologien im Wettbewerb gerade bei Elektroautos gegenhalten will.

Die sogenannte neue Klasse von BMW soll in den kommenden Jahren Technologiesprünge, bereichsweite Ladegeschwindigkeit und Design auf die Straße bringen.

Trotz allem könnte Deutschland im Wettbewerb abgehängt werden, waren die Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie Hildegard Müller noch vor dem Beginn der Automesse.

Der Standort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig.

Wir verlieren zunehmend gegenüber anderen Regionen in der Welt hier den Anschluss und das hat mit zu teuren Energiekosten zu tun, mit einer feinen Rohstoffabsicherung, mit feinen Handelsabkommen.

Hinzu kommt es auch die Begeisterung für E-Autos in Deutschland deutlich an Schwung verloren hat.

Im kommenden Jahr könnte der deutsche E-Auto-Absatz um Eintrittel einbrechen.

Das dürfte unter anderem an langen Lieferzeiten und der hohen Inflation liegen.

Falsch seien auch die Kürzungen von Förderprämien für Elektroautos gewesen, kritisiert Müller.

Sonst gibt sich die Verbandschefin aber betont positiv. Die deutschen Autobauer seien hoch wettbewerbsfähig.

Wir haben auch gerade hier auf der EAA viele Präsentationen.

Und wenn wir in die Massentroduktion einsteigen, dann glauben wir schon, dass auch die Elektroautos auf Sicht auch vergleichbare Preise mit den Verbrennerfahrzeugen haben,

wenn nicht sogar günstiger.

Der hoffnungsvolle Aufbruch Richtung E-Auto ist in Deutschland dennoch getrübt.

Das Sand im Getriebe des deutschen Automarkts ist.

Darüber kann auch die glanzvolle EAA in München nicht hinwegtäuschen.

Und in München bin ich jetzt live mit dem Automobilexperten Christian Malone von der Beratungsfirma Keune verbunden. Guten Morgen aus Wien.

Guten Morgen aus München.

Herr Malone, wie oft waren Sie schon auf der München Automobilmeiste und erwarten Sie diesmal wirklich was Neues?

Diesmal die gelbe Gefahr, wie man für politisch so inkorrekt gesagt hat, nicht mehr vor der Tür, sondern schon im Haus?

Ja, wir haben die EAA ja schon quasi das ganze Wochenende.

Die Hersteller wie VW, Mercedes, aber auch BMW, haben ihre konzepte, ihre innovativen Konzepte ja auch schon vor der offiziellen Eröffnung heute um 14 Uhr mit unseren Bundeskanzler vorgestellt. Es ist faszinierend zu sehen, wie viel Technologie gezeigt wird, also nicht nur Autos,

sondern auch Technologie zum Anfassen, damit der Besucher auch Technologie empfinden kann. Und es ist in der Tat so, dass wir eigentlich zum ersten Mal sehr viel chinesische Hersteller hier sehen, die ihre Autos mitbringen und die auch eine wahnsinnig gute Show machen.

Wäre die innerdeutsche Debatte über den Zustand der Industrie im Allgemeinen und der Autoindustrie im Speziellen verfolgt hat, der könnte den Eindruck gewinnen, gewonnen haben.

Es ist sowieso schon alles zu spät, ist das halt so, wenn in Deutschland debattiert wird oder ist da auch was dran? Nein, also der Abgesang auf die deutsche Autoindustrie ist zu früh, viel zu früh muss man sagen, wenn ihr überhaupt stattfindet.

Unsere Daten zeigen, dass wir gerade in Europa immer noch als Kaufkriterium begierliche Produkte haben wollen, also Produkte, die ein schönes Design haben, die uns gefallen, die gut fahren, die sich gut anfühlen, wo wir stolz sind, in diesen gesehen zu werden.

Das ist gerade in der Zeit von Social Media wichtig.

Und die Eitelkeit der Menschen, ein Auto besitzen zu wollen und ein Auto mit Freude fahren zu wollen, die wird auch durch die Chinesen nicht aufhören. Verzeihen Sie, wenn ich da unterbreche.

Als dynamischster E-Auto-Produzent aus China gilt derzeit BYD. BYD hat VW in China schon als größter Auto-Produzent abgelöst, jetzt trinkt BYD auch nach Europa und in Österreich kostet das Einsteigermodell rund ein Viertel weniger als das Einsteigermodell von VW.

E-Auto meine ich, wenn ich richtig gerechnet habe.

Wer will die aufhalten?

Ja, das ist richtig.

Wir müssen eine Diskussion führen über unsere Kostenstrukturen in der Industrie, gerade in Europa.

Das gilt übrigens nicht nur für die Energiekosten.

Die Energiekosten im Autobereich machen einen Bruchteil aus von anderen Kostenstrukturen.

Wir sind etwas schwerfällig.

Wir müssen jetzt schaffen, die neuen Technologien auch preislich attraktiv darzustellen und zu produzieren.

Und das fällt uns in der Tat im Augenblick schwer.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel.

Wie bei die fertig in China ein Auto zum halben Preis, wie wir es in Europa können?

Da geht es ja nicht nur um den Preis, sondern da geht es auch tatsächlich um technische Innovation, wenn ich das richtig mitbekommen habe.

Wie weit ist die deutsche Autoindustrie hinten nach?

Das interessiert uns auch in Österreich sehr.

Unsere Zulieferindustrie spielt ja eine ganz wichtige Rolle.

Ja, richtig.

Ich glaube, was man verstehen muss, ist, wir haben in China ein anderes IT-System.

Dort gibt es ja nicht die Microsofts und die Apples und die Google sozusagen,

sondern dort gibt es BYD, dort gibt es Tencent und andere.

Das haben die Chinesen ganz hervorragend gemacht.

Sie haben ihre IT-Architektur im Auto auf dieses IT-System, was es in China gibt, abgestellt.

Das funktioniert seamless, wie man das so schon sagt,

das Auto als fadender Computer.

Das haben sie hier noch nicht geschafft in Europa.

Wir haben andere IT-Strukturen, wir haben andere Funktionalitäten im Auto.

Da konkurrieren die Chinesen mit uns in Europa um die besseren Lösungen.

Aber sie sind noch nicht in Europa soweit,

dass man sagen kann, ein chinesisches Auto ist besser als ein europäisches Auto.

Lässt sich das abschätzen, wie lange brauchen die europäischen Automobilkonzerne noch, um da wirklich nachzuziehen, konkurrenzfähig zu werden?

Also, unsere Rechnungszeichen, wir haben jetzt fünf Jahre.

Sie wissen ja, dass in China im Augenblick ein wahnsinniger Wettbewerbsintensität herrscht.

Es gibt ja dort mehr als 120 Automarken, das kann auch nicht so bleiben.

Die Chinesen konzentrieren sich gerade darauf,

Marktanteile in China zu gewinnen und dort stark zu werden,

um natürlich auch die internationalen Hersteller in ihrem eigenen Heimatland zu schwächen.

Und sie wollen in Europa kein Geld verlieren im großen Stil.

Das bedeutet, wir vermuten, die Chinesen kommen mit aller Kraft erst in fünf Jahren,

so ab 2028, 2030, bevor dann 2035 die Europäische Union den Verbrennungsmotor reguliert hat.

Und diese fünf Jahre, die wir jetzt noch haben, auch wenn wir die Chinesen jetzt schon sehen,

weil sie in Europa natürlich lernen wollen und sie wollen probieren,

wie der Kunde mit ihren Produkten umgeht.

Deswegen werden wir auch natürlich chinesische Autos jetzt in Europa sehen.

Diese fünf Jahre, ich muss da jetzt leider unterbrechen, wir sind schon deutlich über der Zeit.

Eine Chinesefest von fünf Jahren hat die europäische Automobilindustrie noch gesagt,

die Automobilexperte Christian Malone, danke, dass Sie Zeit gehabt haben für uns.

Einen guten Tag nach München.

Vielen Dank.

Zurück nach Österreich am Wiener Straflandesgericht,

findet heute der Prozess gegen Florian Theichtmeister statt.

Angeklagt ist der ehemalige Burg und Film-Schauspieler wegen des Besitzes

und der Herstellung von rund 76.000 Darstellungen von Kindesmissbrauch.

Und was genau geht es, die Frage an Jürgen Pettinger.

Florian Theichtmeister soll über Jahre hinweg

zigtausende Darstellungen von Kindesmissbrauch gesammelt haben.

Ein Delikter, auf das maximal zwei Jahre haft stehen

und bei dem die Strafe sogar oft zur Bewährung ausgesetzt wird.

Allerdings hat Theichtmeister selbst auch Bilder verändert,

zum Beispiel aus eigentlich harmlosen Bildern Collagen angefertigt.
Rein nach dem Gesetz gilt das als Herstellungsmissbrauchsmaterial
und ist mit drei Jahren haft bedroht.
Wenn das Gericht heute also keine bedingte Strafe verhängt,
droht Theichtmeister damit die Einweisung in den Maßnahmenvollzug
in eine Anstalt für geistige Abnahmrechtsbrecher.
Und das dann auf unbestimmte Zeit.
Rund um den Prozess gelten heute besondere Sichter,
Sicherheitsvorkehrungen, ein groß Aufgebot am Polizei.
Die Stimmung ist aufgeheizt, was ist dazu erwarten?
Am Wochenende bereits haben gut 100 Personen
schon vor dem Haus der Mutter von Florian Theichtmeister demonstriert
und dazu gar einen Galgen aufgestellt.
Eine ähnliche Demo ist heute auch vor dem Wiener Straflandesgericht angekündigt.
Hunderte Polizeibeamte werden deshalb im Einsatz sein,
um erstens die Sicherheit des Angeklagten
und zweitens einen fairen Prozess zu gewährleisten.
Danke Jürgen Bettinger für diese Informationen
von der Justiz ins Bildungssystem.
Der Staat ins neue Schuljahr
ist laut Bildungsminister Martin Polaschek insofern gelungen,
als der drängende Personalmangel bewältigt werden konnte.
Alle Stunden werden laut Polaschek gehalten.
Von der Lehrgewerkschaft kommt scharfe Kritik.
Die Maßnahmen würden zulastender,
ohne dies schon überlasteten Lehrerschaft gehen.
Entspannen wird sich die Situation,
Polaschek zufolge aber nicht so schnell
wie er im Morgen schon all um sieben gesagt hat.
Wir sind nach der Pandemie in Zeiten eines größeren Bedarfs gekommen.
Die Entwicklung war zum Teil vorhersehbar
aufgrund der Pensionierungswelle,
aber es hat sich gezeigt,
dass durch die Pandemie mehr Personen
früher in Pension gegangen sind.
Das ist der Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung deutlich größer geworden.
Das war nicht vorhersehbar.
Wir haben diese Herausforderung zu stemmen,
aber wir haben jetzt einige Jahre,
in denen wir diesen Bedarf haben,
dann sinken auch die Bedarfszahlen wieder.
Wir sind jetzt in einer Zeit von großen Bedarf,
aber das wird sich auch wieder bessern.
Das ist eine Perspektive.

Ich glaube, Sie haben in einem Interview mal gesagt,
bitte haltet durch.
Appell an die Lehrerschaft, wie lange noch?
Wir werden noch vier bis fünf Jahre diesen erhöhten Bedarf haben,
aber wir haben ja auch bereits erste Maßnahmen gesetzt.
Wir sehen, dass diese Maßnahmen greifen.
Wir setzen auf einen Mixermassnahmen,
indem wir etwa auch vermehrt Querensteigerinnen
und Querensteiger in die Schulen bringen.
Und wir setzen auch darauf,
dass wir die Studien grundlegend reformieren.
Das sind Dinge, die mittel- und langfristige zum Erfolg führen werden.
Aber wir haben jetzt den Bedarf,
allen Schülerinnen und Schülern Unterricht anzubieten.
Alle Stunden werden stattfinden.
Sagt der Bildungsminister Martin Polaschek
im Morgenjournal um sieben.
Die Bundesregierung hat vergangenen Woche
einen Mietendeckel angekündigt,
nicht aber für Mieterinnen und Mieter
am freien Wohnungsmarkt.
Die schauen hier durch die Finger gewissermaßen.
Für diese 425.000 Haushalte suche die Regierung
nach einer Lösung betonte Bundeskanzler Karl Nehammer
gestern Abend im OF-Sommergespräch.
Der Kanzler verteidigt, dass der Deckel vorerst
nur für Richtwert, Kategorie-Mieten
und Genossenschaftswohnungen kommen soll.
1,2 Millionen werden von dieser Maßnahme profitieren.
D.h. zwei Drittel werden profitieren für ein Drittel.
Deswegen haben wir es ja auch an die Teuerungsprogramm genannt.
Suchen wir noch nach einer Lösung.
Warum ist das nicht so trivial?
Weil es eben freie Mietverträge sind.
Die Regelung, sozusagen statisch einziehen,
könnte es bedeuten,
dass es sogar eine Verschlechterung
für manche freie Verträge gibt.
D.h. wir suchen noch immer nach einer Lösung,
damit in dem freien Mietvertragsraum
tatsächlich etwas passieren kann,
was für die Menschen gut ist
und nicht alles auf den Kopf stellt.
Wenn es möglich ist, es sinnvoll zu regeln.

Bundeskanzler Karl Nehammer
gestern Abend im OF-Sommergespräch
mit Susanne Schnabel.
Der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un
ist schon 2019 einmal von Pyongyang
nach Vladivostok gereist.
In den nächsten Tagen wird er diese Reise
noch einmal unternehmen,
glauben US-Geheimdienste.
Wie die New York Times gestern als erstes berichtet hat,
wollen wir noch ein paar Tage nach Vladivostok
mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin
über gegenseitige Waffenlieferungen verhandeln.
Das berichten mehrere US-Medienunterberufungen
auf Regierungsquellen.
In einem gepanzerten Zug ist der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un
schon 2019 einmal von Pyongyang
gestern als erstes berichtet hat,
wollen sich Kim und der russische Präsident Vladimir Putin
beim Wirtschaftsforum in Vladivostok
Anfang nächster Woche sehen.
Das Treffen ist dieses Mal brisanter.
Russland will Waffen für den Krieg in der Ukraine,
Nordkorea braucht Lebensmittel
und möchte moderne Militärtechnologie.
Die Geheimdienste sollen sogar von einem Briefwechsel
zwischen Putin und Kim wissen,
in dem vom Ausbau der militärischen Zusammenarbeit die Rede ist.
Das Wirtschaftsforum in Vladivostok beginnt am Sonntag.
Am Tag davor feiert Nordkorea den 75. Jahrestag seiner Gründung.
Der Weltbiodiversitätsrat hat einen neuen Bericht
zum Artenverlust veröffentlicht.
Neben der Klimakrise der industrialisierten Landwirtschaft
und dem Verlust von Lebensräumen
zählen demnach auch invasive Arten,
also eingeschleppte Tier- und Pflanzenarten,
zu den Hauptdursachen für das rasante Artensterben der Gegenwart,
Marlene Novotny berichtet.
Die heimischen Flusskrebbsarten sind alle vom Aussterben bedroht.
Grund dafür sind invasive in Österreich nicht heimische Krebsarten.
Sie stammen aus Nordamerika.
Mit ihnen kam die Krebspest nach Europa.
Die heimischen Arten haben, anders als die eingeschleppten Süßwasserkrebse,
keine Abwehrkräfte gegen diese Krankheit und verschwinden.

Dass er nur eines von vielen Beispielen wie invasive Arten, die Artenvielfalt bedrohen, sagt der Biodiversitätsforscher Franz Essel von der Universität Wien. Er und sein Kollege Bernd Lenzon erzählen zu den 86 Vorschriften aus 49 Ländern, die den neuen Bericht des Weltbiodiversitätsrates verfasst haben. Allein in Österreich gibt es mittlerweile 2.000 eingeschleppte Tier- und Pflanzenarten. Generell sind heute in Österreich 50% mehr Neobiota, die bitsfremde Arten, in der Natur vorkommen als noch zu 1.000 Wände. Global betrachtet haben sich 37.000 Tier- und Pflanzenarten in Regionen ausgebreitet, in denen sie nicht heimisch sind. Bei 3.500 davon spricht man von invasiven Arten, die also andere Arten verdrängen bzw. Lebensräume verändern. Oder ebenfalls ein Problem natürlich, z.B. Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion haben, auf die Landwirtschaft oder auf die menschliche Gesundheit. Und die Folgen sind teilweise recht gravierend. Dazu zählen einerseits hohe Kosten, verursacht durch Ernteauffälle, in Österreich etwa durch den Maiszünsler oder die Kirschessigfliege oder Aufwendungen im Gesundheitssystem. Das eingeschleppte Ragweed verbreitet sich rasant in Europa. Die Pollen dieser Ambrosienart sind hoch allergen. Weltweit verursachen invasive Arten laut neuen Bericht Kosten von 390 Milliarden Euro jährlich. Das ist etwas mehr als das Proteinlandsprodukt des Staates Dänemark. Und die Tendenz ist steigend, sagt Mitautor Bernd Lenzner. Wenn wir eben genauso weitermachen wie bisher, dann gehen wir davon aus, dass wir in etwa ein Drittel mehr gebietsfremde Arten in 2050 erwarten werden im Vergleich zu dem Status in 2005. Was aber momentan wahrscheinlicher ist, ist, dass diese Zahl eben noch viel stärker ansteigt, wenn wir keine geeigneten Maßnahmen setzen. Die Hauptursachen für das Einschleppengebietsfremde Arten sind der weltweite Personenverkehr, noch mehr aber der Handel mit Tieren, Pflanzen und Lebensmitteln. Hier könnten strengere Kontrollen bei der Ausfuhr und Einfuhr bzw. Handelseinschränkungen präventiv wirken. Wie viele dieser Tier- und Pflanzenarten dann rasant ausbreiten, sobald sie eingeschleppt wurden, liegt wiederum an den massiven Eingriffen des Menschen in Ökosysteme und an der Klimakrise. Der Welt-Biodiversitätsrat fordert deswegen eine insgesamt aktivere Umweltpolitik, und zwar global betrachtet.

Weitere aktuelle Meldungen jetzt noch, Anselm Peer, bitte.

Die Zahl der Asylanträge in der EU der Schweiz und Norwegen war im ersten Halbjahr so hoch wie seit 2015 und 2016 nicht mehr. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gab es laut der EU-Asylagentur um 28 Prozent mehr Schutzanträge, insgesamt 519.000.

Ukraine-Flüchtlinge sind da nicht eingerechnet, die meisten Asylanträge stellten Menschen aus Syrien, Afghanistan, Venezuela, der Türkei und Kolumbien, 30 Prozent, und damit der größte Teil der Anträge wurde in Deutschland gestellt. Russland meldet neue Drohnenangriffe.

Die Luftwaffe habe in der Früh drei Drohnen im Anflug auf Moskau abgeschossen, Moskau-Bürgermeister Sobyenin spricht von Schäden durch herabfallende Trümmerteile. Verletzte habe es nicht gegeben.

In Oberösterreich ist eine mutmaßliche Islamistengruppe zerschlagen worden.

Neun Männer und eine Frau zwischen 15 und 23 Jahren sollen im Bezirk Lins Land für die Iesterromilitz geworben haben.

Wie der Verfassungsschutz in der Frühmittel, das sind Beratien im Juli, Tutschen der Handys, Computer, Datenträger und Propagandamaterial sichergestellt worden.

Ein 18-jähriger ist in Urhaft.

Aber heute wird der Klimabonus ausbezahlt.

Ein Antrag ist nicht nötig.

Die Auszahlung erfolgt automatisch aufs Konto oder per Post als Gutschein. Je nach Wohnung erhalten Erwachsene zwischen 110 und 220 Euro.